

Ansprache von IHK-Präsident Dr. Dornseifer anlässlich der Veranstaltung „IHK-Forum Soziale Marktwirtschaft – Umverteilung & Steuern in Deutschland“ am 6. September 2017, 18.00 Uhr, in der IHK

Meine Damen und Herren,
herzlich willkommen zum IHK-Forum Soziale Marktwirtschaft – dieses Mal zum Thema Umverteilung und Steuern in Deutschland. Ich freue mich, dass wir damit im Vorfeld der Bundestagswahl auf so große Resonanz gestoßen sind. Schön, dass Sie alle da sind. Und egal in welcher Funktion Sie heute zu uns gekommen sind, ob als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer – eines haben Sie alle, haben wir alle gemeinsam: Wir sind Steuerzahler. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine einleitende Frage:

Wissen Sie noch, was Sie am 19. Juli, es war ein Mittwoch, getan haben? An diesem Tag geschah etwas sehr Wichtiges und Befremdliches zugleich. Sie haben nämlich erst an diesem Tag angefangen, für Ihr eigenes Portemonnaie zu arbeiten. Alles, was Sie vorher erwirtschaftet haben, ging rein rechnerisch an den Staat – in Form von Steuern, Abgaben, Umlagen und Gebühren.

Laut dem Bund der Steuerzahler liegt die Einkommensbelastungsquote in diesem Jahr bei fast 55 Prozent. Das ist ein neues Allzeithoch. Wer also in diesem Land hart arbeitet und sich an die Regeln hält, muss mehr als die Hälfte seines Einkommens an den Staat abführen. Anders formuliert: In Deutschland gibt es für sehr viele Menschen tatsächlich etwas Höheres als das Einkommen – die Steuer!

Werfen wir einen Blick zurück ins Jahr 1960. Damals wurde der Steuerzahlergedenktag das erste Mal berechnet und Ludwig Erhard drückte der Sozialen Marktwirtschaft noch den Stempel auf. Damals konnten sich unsere Eltern und Großeltern bereits am 27. Mai darüber freuen, ihren Beitrag zum Gemeinwesen geleistet zu haben. Mit den Jahrzehnten stieg mithin nicht nur der Wohlstand, sondern auch der Anspruch des Staates. Das Verhältnis von Sozial und Marktwirtschaft verschob sich dramatisch hin zu mehr Umverteilung. Ob das wirklich „sozialer“ ist, als den Menschen wenigstens den überwiegenden Teil des von ihnen erzielten Einkommens zu lassen, darf bezweifelt werden. Ob es „gerecht“ ist, steht ohnehin in Frage.

In diesem Zusammenhang noch eine dazu passende Zahl: Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 918 Milliarden Euro für Sozialleistungen ausgegeben. Im Jahr 2021 könnten sie sogar die Billionengrenze überschreiten. Trotz Rekordbeschäftigung gibt Deutschland somit fast ein Drittel seiner Wirtschaftsleistung für Sozialtransfers aus. Natürlich: Eine funktionierende Wirtschaft braucht einen funktionierenden Staat. Und dieser braucht, um seine Aufgaben wahrnehmen zu können, Geld.

Dieses Geld, das der Staat beansprucht, steht deshalb heute im Mittelpunkt unseres IHK-Forums Soziale Marktwirtschaft. Denn wir alle möchten vor der Bundestagswahl erfahren, was wir nach der Wahl an steuerpolitischen Vorhaben erwarten können.

Für die Diskussionsrunde haben wir deshalb die Kandidaten der Parteien eingeladen, die nach eigenem Bekunden eine realistische Chance auf den Einzug in den Bundestag haben. Ich begrüße in alphabetischer Reihenfolge:

- **Oliver Luksic**, Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP Saar
- **Thomas Lutze**, Spitzenkandidat der Partei Die Linke
- **Christian Petry**, Mitglied des Deutschen Bundestages und Kandidat der SPD Saar für den Wahlkreis St. Wendel
- **Nadine Schön**, Mitglied des Deutschen Bundestages und Spitzenkandidaten der CDU Saar ebenfalls im Landkreis St. Wendel
- **Markus Tressel**, Mitglied des Bundestages und Spitzenkandidat von Bündnis90/Die Grünen und schließlich
- **Christian Wirth, Spitzenkandidat der AfD Saar**

Ihnen allen ein herzliches Willkommen in der IHK Saarland!

Meine Damen und Herren,
zwei Punkte möchte ich noch besonders hervorheben, die mir persönlich wichtig sind: Deutschland verdankt der Sozialen Marktwirtschaft ein Maß an Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt, um das uns viele in der Welt beneiden. Im Kern dieser Ordnung steht ein freiheitlicher und sozial verpflichtender Rahmen, der das Individuum zur Geltung kommen lässt, aber auch dessen Mitverantwortung für das Gemeinwesen einfordert.

Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft wollten möglichst viel Eigenverantwortung und Freiheit für den Einzelnen und – damit verbunden – möglichst wenig Staat. Davon ist heute kaum noch die Rede.

Stattdessen vermittelt die Politik nur allzu oft den Eindruck, dass staatliche Transfers ein Heilmittel für alle denkbaren Probleme seien. Das dämpft die wirtschaftliche Dynamik und unseren künftigen Wohlstand.

Und das ist mein zweiter Punkt: Für mich ist es geradezu absurd, dass der Spitzensteuersatz bereits ab einem zu versteuernden Einkommen von rund 54.000 Euro greift. Dort bewegen sich nämlich nicht die Spitzenverdiener, sondern die Mitte unserer Gesellschaft: Facharbeiter und auch viele Selbständige.

Wenn wir heute einen Fachkräftemangel beklagen, dann ist dieser auch dem Umstand geschuldet, dass die Anreize nicht so gesetzt sind, wie sie sein sollten, um den beruflichen Aufstieg zu fördern.

Und auch der selbständige Unternehmer, der der Einkommensteuer unterliegt – und der im Übrigen der wichtigste Arbeitgeber der deutschen Wirtschaft ist – kommt inzwischen leider nur allzu oft zu dem Ergebnis, das Risiko und Nach-Steuer-Ertrag einer geplanten Investition in keinem akzeptablen Verhältnis zueinander stehen. Auch in diesem Umstand liegt die häufig beklagte Investitionsschwäche der deutschen Wirtschaft begründet.

Ganz nüchtern und sachlich stelle ich schließlich fest: Die Steuerquote ist heute höher als zum Ende der Regierungszeit von Gerhard Schröder. Ganz konkret heißt das für uns: Wäre die Steuerquote heute auf dem Niveau von 2004, könnten Bürger und Betriebe rund 90 Milliarden Euro mehr von dem behalten, was sie erwirtschaften. **Herr Dr. Rainer Kambeck**, Steuerexperte beim DIHK, den ich an dieser Stelle sehr herzlich begrüße, wird uns dies gleich noch genauer erläutern. Und er wird uns aufzeigen, welche Erwartungen die IHK-Organisation an die neue Bundesregierung hat. Herr Dr. Kambeck, Ihnen ein herzliches Willkommen im Saarland, schön, dass Sie sich die Zeit genommen haben und zu uns gekommen sind.

Meine Damen und Herren,

was folgt aus alledem? Für mich steht fest: Wir brauchen eine Kehrtwende in der Steuer- und Umverteilungspolitik. Und wann, wenn nicht jetzt, soll die erfolgen, wo doch Bund, Länder, Gemeinden und Sozialkassen Rekordüberschüsse erzielen. Der Überschuss im ersten Halbjahr betrug 18,3 Milliarden Euro – und dies trotz erheblicher Mehrkosten für die Integration der Flüchtlinge. Dies zeigt, es besteht Spielraum für eine deutliche und nachhaltige Senkung der Steuerlast. Insbesondere der Mittelstand, dessen Belastung inzwischen international Spitzenwerte erreicht, sollte hiervon profitieren.

Als IHK sprechen wir uns deshalb für **drei Sofortmaßnahmen** aus:

- 1) Eine **Abflachung des Mittelstandsbauchs** in der Einkommenssteuer.
- 2) Ein **späteres Einsetzen des Spitzensteuersatzes in der Einkommenssteuer**. Dies würde nicht nur Facharbeiter entlasten, sondern auch den drei Millionen Unternehmen helfen, die gemäß Einkommensteuer veranlagt werden.
- 3) Die **Abschaffung der Stromsteuer**, um die ausufernden Energiekosten zu begrenzen.

Die Umsetzung all dieser Maßnahmen würde sicher dazu beitragen, die **Eigenkapitalbasis der Unternehmen zu verbessern** und deren **Investitionskraft zu stärken**. Die wird gebraucht, denn nur mit Investitionen werden wir im globalen Innovationswettbewerb den Anschluss halten können.

Sie, meine Damen und Herren, sind sicherlich heute Abend ebenso wie ich darauf gespannt, welche Partei oder vielmehr Parteienkonstellation diese Umkehr am ehesten ermöglicht.

Für den roten Faden während dieser Diskussion wird unser Hauptgeschäftsführer Dr. Heino Klingen sorgen. Er wird den Kandidaten auf den steuerpolitischen Zahn fühlen.

Zunächst aber hat das Wort **Herr Dr. Kambeck**, bitte sehr!